

Antrag zur Vollversammlung am 17.11.67

Politische Polizei und Universität

Auch am 9.11.67 zum Anlaß der Rektoratsfeier trat auf dem Gelände der Universität Politische Polizei in Aktion:

- Ein Student wurde von mindestens 4 politischen Polizisten, unter ihnen Kommissar Brunckhorst, Revierleiter der Universitätswache in der Feldbrunnenstraße, zu Boden geworfen und verletzt.
- Ein Student wurde von der politischen Polizei in einen Kellerraum des Audi-Max eingesperrt.
- Fünf Kommilitonen erhielten vom Syndikus, Dr. Münzner, begleitet von der politischen Polizei, Hausverbot.
- Bei zwanzig Studenten wurden Mäntel und Taschen durch die politische Polizei auf Inhalt kontrolliert.
- Fünfundzwanzig Kommilitonen, die Flugblätter auf dem Campus verteilten, jagte die politische Polizei vom Universitätsgelände.
- Hundert Kommilitonen wurde das Betreten des Audi-Max unter Gewaltanwendung verweigert.

Diesem Kesselreiben sah unsere Studentenvertretung untätig zu. Die Studenten fordern vom Asta, daß er in Zukunft mit allen Mitteln studentischer Selbsthilfe eine Wiederholung solcher Übergriffe verhindert!

Die Vollversammlung beschließt:

1. Den Rektor und die Dekane in dieser Frage zu einer öffentlichen und unmißverständlichen Stellungnahme zu zwingen.
2. Den Einsatz von politischer Polizei auf dem Universitätsgelände unter Androhung von Konsequenzen generell zu verbieten.
3. Die Forderung nach Identitätsmarken für uniformierte und zivile Polizei erneut an die Öffentlichkeit und den Senat der Stadt Hamburg zu stellen.
4. Die Bildung eines Photo- und Tonbandteams, welches die Aktionen ziviler Polizei bei Demonstrationen innerhalb und außerhalb der Universität in Bild und Ton festhält und archiviert.
5. Die Erstellung einer Bildkartei - Politische Polizei-, die der Studentenschaft in einer Ausstellung zugänglich gemacht wird.
6. Mit wirksamen Mitteln zu unterbinden, daß politische Polizei innerhalb der Universität Kommilitonen photographiert.
Der Asta soll über den Rechtsweg die Herausgabe des Bildmaterials über Teilnehmer an Demonstrationen von der politischen Polizei verlangen.
7. Die Festnahme und den Abtransport von Kommilitonen auf dem Universitätsgelände aktiv zu verhindern.
8. Die regelmäßigen Konsultationen vom Syndikus der Universität, Dr. Münzner, beim Landesamt für Verfassungsschutz zum Podiumsgespräch vor Studenten umzuwandeln.

Arwed Milz

Harald Ebbinghaus

Reinold Oberlercher